

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 35 (1945)
Heft: 22: Impressum

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Links:
 Von schweren und gefahrvollen Missionen sind unsere diplomatischen Vertretungen in Deutschland wieder zurückgekehrt. Auf unserem Bilde erstatten sowohl Minister Fröhlicher (links), bis zuletzt Schweizer Gesandter in Berlin und Minister Dr. Feldscher (rechts), der im deutschen Reduit zahlreiche Kunstschätze sicher stellte und hochgestellte ausländische Persönlichkeiten, die als Geiseln interniert waren, frei bekam, Bundesrat Petitpierre (Mitte), ausführlichen Bericht



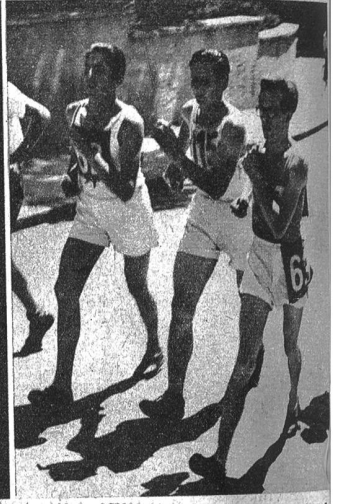
In einem sieben Auto umfassenden Zug ist die Schweizer Gesandtschaft mit Minister Dr. Fröhlicher, seiner Familie und dem Gesandtschaftspersonal wohlbehalten in der Schweiz eingetroffen



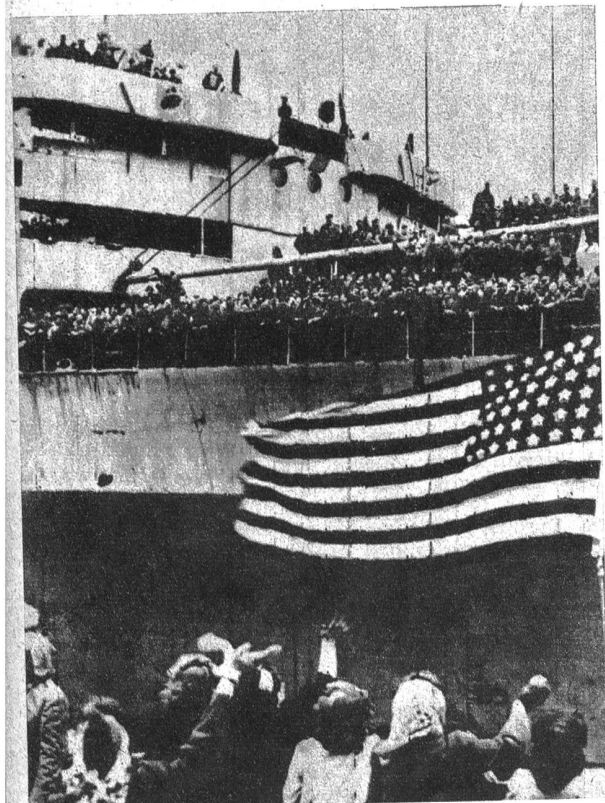
Am 15. Juni gelangen wiederum vier Bundesfeiermarken mit Verkaufszuschlag zugunsten notleidender Mütter zur Ausgabe. Mit diesen Ausgaben beginnen zwei Markenserien unter Zugrundelegung des Leitgedankens „Arbeit“ und „Schweizerhaus“, die sich über mehrere Jahre erstrecken werden (Ph. P.)



In Nyon hat dieser Tage Frau Wwe. Campiche-Junod ihren hundertsten Geburtstag gefeiert. Die Jubilarin erfreut sich noch recht guter Gesundheit und ist rüstig



Fritz Schwab, der Sohn des kürzlich als Kriegsoffer verunglückten besten Gehers der Welt wurde Schweizermeister im 25-km-Gehen, das in Siders durchge führt wurde



Die ersten Heimkehrer treffen in New York ein und die Begeisterung der dortigen Bevölkerung kennt keine Grenzen

Rechts: Eine aus 6 Aerzten und 12 Krankenschwestern bestehende schweiz. Aerztemission ist in einem vom britischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Flugzeug nach Belsen-Bergen abgegangen, die sich auf dringendes Ansuchen dem britischen Aerztestab anschloss



Rechts: General Omar Bradley hat bei einem Zusammentreffen mit Marschall Iwan S. Konjew diesem einen neuen amerikanischen Jeep präsentiert. Marschall Konjew revanchierte sich mit einem feurigen Reitpferd



POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Und wer bezahlt nun?

-an- Bundesrat Nobs hat am 18. April vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft über die *Finanzprobleme der Eidgenossenschaft* erschöpfend gesprochen, so wie der praktische Kenner der gesamten finanziellen Situation es nur eben kann. Wahrscheinlich hat er damit eine Diskussion eröffnet, die in den nächsten Monaten nicht verstummen wird. Denn eben jetzt, wo das Ende der Mobilisation auch das *Ende des «ausserordentlichen Budgets»* bringt und alles wieder auf die ordentliche Rechnung gebucht werden soll, kann man ernstlich darüber reden, was eigentlich zu geschehen habe, um den ins Ungeheuerliche getürmten Schuldenberg zunächst einmal verzinsen zu können, ohne dass der Zinsendienst zum weitem Schuldenmachen zwingt, und sodann nicht nur zu verzinsen, sondern auch abzutragen. Sollen wir «auf lange Fristen» verteilen, was als Last auf die Gegenwart gefallen... also die nächste Generation und allenfalls auch die übernächste belasten? Sollen wir versuchen, eine Regelung zu finden, die der kommenden Generation wenig überbürdet, so dass sie unbeschwert wirtschaften kann? Es geht im Grunde um *diese* Alternative, also um die langfristige oder die kurzfristige Lösung.

«Kurzfristige Lösung» aber würde soviel bedeuten wie «Vermögensabgabe». Nach dem letzten Kriege fiel die Vorlage, die den Zweck hatte, eine Altersversicherung zu finanzieren, mit 700 000 gegen 100 000 Stimmen der scharfen Opposition zum Opfer. Schon die Erfahrung von damals verbietet, den Versuch zu wiederholen. Es ohne Volksabstimmung, auf dem «Vollmachtenwege», zu versuchen, mag vielleicht der Traum eines Mächtgern-Diktators sein, der an ein solches Allheilmittel glaubt. In der Wirklichkeit gibt es das nicht. *Die bundesrätlichen Vollmachten stehen übrigens vor dem Abbau*, wie man aus dem Beschlussentwurf ersehen kann, den die Räte in der *Junisession* zu behandeln haben.

Apropos: «Vermögensabgabe zur Tilgung der eidgenössischen Schulden», natürlich nur zur *teilweisen* Tilgung, zur Reduktion, bedeutet einfach eine «Umschichtung». Man opfert so und sovielen Prozente, und man bekommt vom Bund so und soviel zurück... falls man in der glücklichen Lage war, dem Vater Bund zu pumpen.

Wissen möchte der zeitungslisende Laie in Finanzsachen, wie eigentlich diese Rechnung aussieht: *Wer* ist Besitzer dessen, was der Bund heute *neu* schuldet? Natürlich müssten auch die Besitzer «abgeben», aber bei der Rückzahlung wären sie es, die «bekämen»... und was sie beim Bunde nicht mehr unterbringen könnten, würden sie nun eben anderswo plazieren müssen. Und hier finden die Probleme an, die volkswirtschaftlich interessant werden müssten.

Solchen Problemen gegenüber scheint der vorhandene Plan, nämlich *bis 1950 zu einem völlig geregelten eidgenössischen Finanzhaushalt* zu gelangen, sicherer... jedoch nur dann, wenn die Wirtschaft, auf der alles finanzpolitische allein fundiert werden kann, auf sicheren Füssen steht.

Halbierung Europas

Nicht nur das Reich und Oesterreich, ganz *Europa ist praktisch halbiert*. Diese Feststellung muss heute, einen Monat nach dem deutschen Zusammenbruch, gemacht werden. Die grosse Sorge der westlichen Hälfte unseres Kontinents gipfelt in der Frage: Soll diese Halbierung andauern? Und wie lange? Soll sie vielleicht gar verewigt werden? Praktisch: Besteht auf seiten Russlands die Absicht, östlich der Demarkationslinie die politische, wirtschaftliche und militärische Macht, die es heute besitzt, zu behalten?

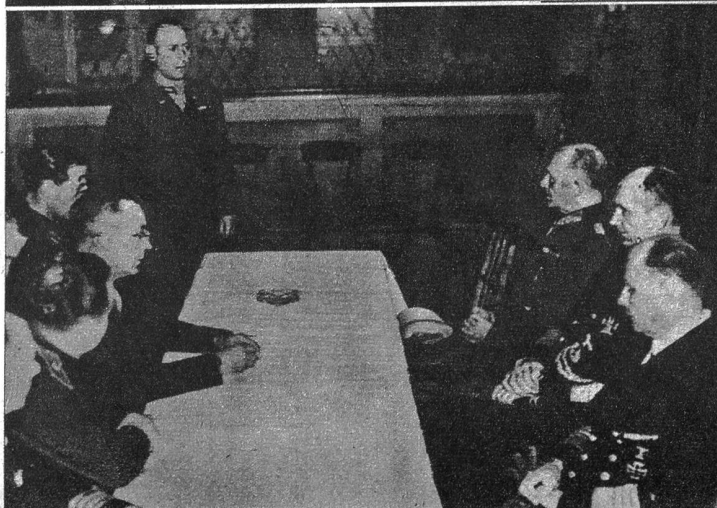
Verblüfft fragt man sich namentlich in England, *worin eigentlich die praktische russisch-alliierte Zusammenarbeit nach dem Kriege*, von der so oft gesprochen und geschrieben worden, bestehe. Gerade in England hatte man sich



Rechts: So endete Heinrich Himmler, der Mann, der in den Konzentrationslagern 5 Millionen Menschen umgebracht hat. Unser Funkbild zeigt ihn kurz nach seinem Tode, der durch Zerbeißen einer Giftpulle eintrat. (Ph. P.)

Links: Von den ersten Nazi-Führern ist nur noch Hermann Göring übrig geblieben. Unser Bild zeigt ihn während eines Verhörs. Die überlegene Selbstsicherheit ist aus seinen Zügen geschwunden. (Ph. P.)

Rechts: Gefangennahme des „deutschen Hauptquartiers“ unter der Leitung von Admiral Doenitz. Von diesen erkennen wir rechts Admiral von Friedeburg, der sich wenige Minuten später vergiftete, General Jodl und Admiral Doenitz



gehörte die Wiederherstellung der Beziehungen mit all den Staaten, die der Donaulinie entlang liegen.

Sind Befürchtungen, wie man sie bei uns und unter den Alliierten, vorab in England zu hegen beginnt, berechtigt, und welches sind die tiefsten Ursachen des «westlichen Misstrauens»? Die alten Feinde des bolschewistischen Staatssystems sagen uns: «Moskau kann gar nicht anders, als innerhalb seines Machtbereiches die Diktatur auch auf die neubesetzten Gebiete ausdehnen. Dass in Rumänien und Ungarn zunächst mit den nicht-kommunistischen Parteien paktiert wurde, war lediglich kriegsbedingt, und der russische Kommunismus wird die Mohren in Budapest und Bukarest und anderswo weg-schicken, wenn sie ihre verdammte Schuldigkeit getan haben. Die Zeit wird kommen, da der erste «unabhängige» Sowjetstaat Rumänien ausgerufen wird, und dem ersten wird der zweite folgen, und so fort, bis sie alle der Moskauer Union angeschlossen sind.»

Im Grunde wiederholen uns solche Warner, was vor dem Sturz die Nazis sagten: Russland werde alle von ihm besetzten Gebiete politisch, sozial und wirtschaftsstrukturell gleichschalten und damit vom übrigen Europa «organisch abgliedern». Entwickeln sich die Dinge auch nur zwei Monate weiter in der Richtung des vergangenen ersten Nachkriegsmonats, dann hören wir sicher die Posaunenstöße der extremen Warner von rechts aus allen Richtungen.

Von diesen Warnern kann man auch zuweilen hören, dass die Dummheit der heute, die von Russland etwas anderes erwarten, jener Dummheit zu vergleichen sei, welche 1934 auf eine Wandlung des Nazisystems hoffte. Und da die Götter den, den sie verderben wollen, mit Blindheit schlagen, sei offenbar das Verderben der leichtgläubigen «Linksdemokraten» eine von den Göttern beschlossene Sache.

Der Standpunkt der Linksleute kann auf einen einzigen Satz reduziert werden: «Russland hat während des Krieges eine gradlinige Politik getrieben, und auch im jetzigen Verhalten Moskaus liegt nichts Ueberraschendes für den, der in den vergangenen Jahren die Ohren und Augen offen gehalten».

Es wird darauf hingewiesen, dass Stalin nie von der Unterscheidung der «anständigen Deutschen», die mit Nazis und Militaristen keineswegs verwechselt werden dürften, abgewichen sei. Wenn also heute im russisch besetzten Reiche in Worten... und vermutlich auch mit Taten... alles getan werde, um den Wiederaufbau der Wirtschaft einzuleiten, wenn die Deutschen wieder Konzerte hören dürften, wenn Lebensmittel zur Verteilung gelangten, wenn zwischen Soldaten der Roten Armee und deutschen Arbeiterkreisen fraternisiert werde, dann entspreche dies ganz einfach der Stalinschen Linie. Keineswegs werde damit versucht, die Deutschen zu gewinnen und für eine Sowjetrepublik reif zu machen.

In gleichem Sinne erklärt der «prussische Linksdemokrat» das Verhalten in Oesterreich als Einlösung eines gegebenen Versprechens. In Moskau sei immer die Aufriichtung eines unabhängigen Oesterreich geplant gewesen. In Jalta habe Churchill diesem Plane zugestimmt. Der verstorbene Roosevelt desgleichen. Vor dem Einmarsch in Oesterreich machten die Russen die Einlösung des Versprechens von der Mithilfe österreichischer Kräfte abhängig: Als Partisanen aus der Wienergegend den Fall der Hauptstadt beschleunigen halfen, war die von den Russen verlangte Beihilfe Tatsache geworden. Die Einsetzung der Regierung Karl Renner wäre demnach nicht nur logisch, sondern auch gerecht. Amerikas und Englands Ablehnung dieser Regierung, die Einsetzung einer amerikanischen Militärregierung in Westösterreich sei es, was dem Bruche eines Versprechens gleichkäme. Nicht aber, was die Russen getan.

Die hermetische Schliessung der Grenzen gegen Westen aber erklären die Leute, die an Russlands ehrliche Absichten glauben, ganz einfach als «zeitbedingt» und »befristet». Wenn einmal die letzten vagabundierenden Nazis gefangen seien, wenn beispielsweise Ribbentrop aufgefunden sei oder sich, wie Himmler, vergiftet habe, wenn der Bandenkrieg in der Chemnitzergegend aufhöre, wenn eine verlässliche Ordnung hergestellt sei, dann würde Russland die Schranken beseitigen. Sogar die geschwätzigen Journalisten aus dem Westen würden wieder Zutritt erlangen, allenthalben, und ein normales Reisen, ein Postverkehr ohne Briefzensur, eine vernünftige Freizügigkeit unter der deutschen und jeder andern Bevölkerung sei dann selbstverständlich. Und sei man einmal so weit, dann würden auch die wirtschaftlichen Beziehungen sich einstellen. Selbstverständlich nach russischem System. Das heisst, es würden von russischer Seite, wie bisher, durch das Aussenhandelskommissariat Lieferungsverträge mit dem Ausland abgeschlossen und Bestellungen aufgegeben.

Kann man prophezeien?

Das heisst: werden die reaktionären Russlandhasser, die sich während der Kriegsdauer weit im Hintergrunde hielten, oder werden die vertrauensvollen Russlandgläubigen Recht bekommen? Es wird kein «Europäer» alten Stils, dem die «Menschenrechte» etwas bedeuteten, der im Bestehen einer Pressfreiheit, in der Möglichkeit, sich frei niederzulassen, im Recht, zu arbeiten oder zu feiern, eine Arbeit anzunehmen oder eine andere zu suchen, grundsätzliche Dinge sah, vorbeisehen an bestimmten Einrichtungen in Russland, die sich von den westlichen unterscheiden.

Im Zusammenhang mit solchen Erwägungen fragt man sich übrigens, in welchem Lager letzten Endes die führenden amerikanischen und britischen Politiker stehen. Churchill hat in einer «fliegenden Wahlrede» einen sehr seltsamen Spruch getan, den man sich aufschreiben muss, um ihn bei spätern Gelegenheiten zur Hand zu haben. Der britische Premier, der gegenwärtig nur ein Uebergangskabinetts präsidiert, nachdem Labour ihm die Mitarbeit gekündigt hat, worauf das Kriegskabinetts aufgelöst wurde, sagte: «Es gibt in manchen Ländern Europas noch eine andere Furcht, die Furcht vor der Polizeiregierung, die nicht frei gewählt worden und die keinem Parlament verantwortlich ist. Wir bekämpfen jenes unheimliche Klopfen an der Tür, das bedeutet, dass der Ernährer der Familie an einen unbekanntem Ort auf Nimmerwiedersehen abgeführt wird.» Auf wen geht der Ausspruch?

Churchill hat ihn an die Wähler gerichtet und sagt damit der britischen Oeffentlichkeit: «Gebt die Stimme der konservativen Partei, die sich einsetzen wird für die Beseitigung solcher Regierungen in verschiedenen Ländern Europas». Abgesehen vom wahlpropagandistischen Sinn der paar Sätze, wird man feststellen, dass sie die jetzige Warschauerregierung angehen. Es ist aber von «manchen Ländern» die Rede. Also geht sie auch die bulgarische, die rumänische... und zweifellos auch die Tito-Regierung an. Dass auch der grosse Vormund dieser Behörden, Russland, gemeint sein könnte, darf heute nur geflüstert werden. will doch Churchill, bevor er als grosser Wahlsieger wiederkommt, mit Truman und Stalin konferieren.

Die Titoregierung verfolgt die in Jugoslawien sehr zahlreichen Kollaborationisten, so auch in Triest, mit einer Schärfe, die ihren Gegnern Grund zu Anklagen liefert, welche sich nur mit jenen gegen das revolutionäre Russland anno 1919 oder Madrid 1936 vergleichen lassen. Seit der Bauernführer Matschek in Italien Zuflucht gesucht hat... und andere Politiker mit ihm, weiss man, warum Churchills Worte vor allem auch Tito gelten... und weshalb er auf eine Konferenz mit Stalin und Truman drängt.